

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Jede Stimme zählt

Rede von Ursula Wyss, Fraktionspräsidentin

Es gilt das gesprochene Wort!

**SPERRFRIST:
Sonntag, 17. September 2006, 14.00 Uhr**

Liebe Genossinnen und Genossen

Hunderttausende von Frauen und Männer wissen heute noch nicht, welche Partei sie am 21. Oktober 2007 wählen werden. Sie vor allem müssen wir mit unserer Botschaft und unseren Argumenten erreichen. Die Wahl am 21. Oktober 2007 entscheidet eben nicht nur über die Zukunft unseres Landes, diese Wahl wird auch spürbare Konsequenzen haben für die ganz persönlichen Lebensumstände jedes einzelnen Menschen in diesem Land. Denn die anstehenden politischen Richtungsentscheide betreffen uns alle tagtäglich. Wir haben, im Sinne des Wortes, eine „politische“ Situation, eine Situation in der – in den Worten von Hannah Arendt – das „tua res agitur“ („Deine Sache steht auf dem Spiel“) für alle erkennbar wird.

Der Ausgang der Wahl wird die Menschen in ihrer eigenen ganz persönlichen Zukunft treffen, z.B. wenn es darum geht, ob die *Steuern* für hohe Einkommen *weiter gesenkt* werden sollen. Wer die ganz oben entlastet, muss entweder die Einnahmen bei den mittleren Einkommen holen oder es fehlt das Geld für die Bildung, für den öffentlichen Verkehr, für sichere Sozialwerke.

Die Wahl wird die Menschen in ihrer ganz persönlichen Zukunft treffen, wenn es darum geht, *Kinderbetreuung* auszubauen, gleiche Bildungschancen für alle zu erreichen und junge Familien so zu unterstützen, dass Frauen und Männer sich für die Elternschaft wirklich frei entscheiden können und nicht die finanziellen Umstände entscheiden, ob Kinder geboren werden oder nicht.

Die Wahl wird die Menschen in ihrer eigenen ganz persönlichen Zukunft treffen, wenn es darum geht, ob die Schweiz endlich in Europa ankommt.

Das sind die Dimensionen der anstehenden Entscheidung am 21. Oktober 2007. Zur Wahl stehen nicht nur verschiedene Parteien - und deren Kandidatinnen und

Kandidaten – zur Wahl stehen durchaus unterschiedliche Politikkonzepte, vor allem aber von Grund auf unvereinbare Visionen gesellschaftlicher Zukunft.

Die SP kämpft für einen Staat, der wirklich handlungsfähig ist, einen Staat, der sich für Chancengleichheit, für eine gesunde Umwelt und sozialen Ausgleich verantwortlich weiss, einen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind; ohne einen leistungsstarken Staat können zwar die Reichen und Starken gut leben, die Schwachen indessen bleiben ohne soziale Teilhabechance.

Die Alternativen liegen auf dem Tisch: Die Rechtsbürgerlichen setzen auf Spaltung und Ausgrenzung, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Solidarität, für Reformen, die austariert sind und möglichst vielen Menschen nützen. Wir stehen für Integration statt Ausgrenzung. Wir stehen für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die SP Schweiz ist die Partei der humanen, alle einbeziehenden zukunftsweisenden Konzepte. Sie arbeitet daran, möglichst undogmatisch realistische Antworten auf die veränderten Herausforderungen einer beschleunigten Postmoderne und einer sozial entgrenzenden Globalisierung zu entwickeln. Die Vertreter der Rechtsbürgerlichen hingegen sind weiterhin kompromisslos auf die verstaubten Ideen ihres sozialfremden Privilegien-Liberalismus fixiert.

Auf Bundesrat Merz trifft Tayllerands Verdikt wider die Vertreter des Ancien régime zu: nichts gelernt und nichts vergessen! Er bringt die immergleiche Litanei: Steuersenkungen für Reiche, Steuersenkungen für Gutbetuchte, Steuersenkungen für die, die es definitiv nicht nötig haben. Mit dem Steuerpaket mutete Merz der Bevölkerungsmehrheit Steuerausfälle von über 4 Milliarden Franken zu. Anstatt die AHV-Renten zu sichern, will er mit der Unternehmenssteuerreform II den vereinten Grossaktionären die Steuern senken, indem sie ihr Einkommen aus Dividenden - man stelle sich dieses Privileg für Otto Normalverdiener vor - nur noch zur Hälfte versteuern müssen. Aber das ist noch nicht alles: Unterm Tisch – und aus Angst vor dem Volk bis nach den Wahlen dort versteckt – hält er immer noch die 100 bis 200 Millionen Steuergeschenke für die Topkader bereit, die einen Teil ihres Lohns in Form von Mitarbeiteraktien und -optionen erhalten. Auch dem Parlament schenkt er keinen klaren Wein ein. Die Einnahmeausfälle von mehreren 100 Mio. Franken, die die Unternehmersteuerreform II so nebenbei für die Sozialversicherungen mit sich bringen, interessieren diesen Bundesrat nicht. An der Verwaltung liegt das nicht, denn die ist auch im Finanzdepartement hoch kompetent. Der Fisch stinkt bekanntlich am Kopf zuerst!

Gleichzeitig schlägt Merz – und in seinem Gefolge FDP und SVP – Sparprogramm um Sparprogramm vor. Und das, obwohl das Budget für das Jahr 2007 einen Überschuss von 900 Millionen Franken ausweist. Für die nächsten Jahre wird mit Überschüssen von bis zu 2 Mia. Fr. gerechnet. Nichts desto trotz werden Sparmassnahmen am Laufmeter vorgeschlagen. Aktuell sind dies:

- 675 Millionen jährlich bei der AHV durch die Aufhebung des Mischindex und der kompensationslosen Erhöhung des Frauenrentenalters;
- Bis 1,5 Milliarden jährlich bei der IV, indem Neurentner/innen direkt zur Sozialhilfe verwiesen werden;

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 14: Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

klar.sozial / SP

- 140 Millionen jährlich bei der Bildung und Forschung, indem mehr Aufgaben beschlossen, aber nicht finanziert werden;
- 30 Millionen allein beim öffentlichen Regionalverkehr: Regionallinien von Bahn und Bus werden ausgedünnt oder gestrichen und wichtige Projekte für den Ausbau des öffentlichen Agglomerationsverkehrs werden zurückgestellt.

Die vom Volk beschlossene Schuldenbremse ist den bürgerlichen Sparaposteln nicht genug. Neu muss eine Ausgabenlimite her, damit die Staatsausgaben nicht mehr als 3% pro Jahr wachsen können - ganz egal, wie die Konjunktur läuft, ob es viele oder wenige Arbeitslose hat, ob in Bildung – und das heisst: in die Konkurrenzfähigkeit unserer Gesellschaft - investiert werden müsste.

So sieht die Politik unseres schwächsten Ministers aus. Bundesrat Merz ist ein typischer Berater und so benimmt er sich denn auch im Bundesrat: Ohne die Folgen seines Handelns für die längerfristige Zukunft unseres Landes abzuschätzen, ohne eine Vision zu haben, die über das plumpe Reduzieren der Staatsaufgaben hinausginge.

Mit unserer Initiative für mehr Steuergerechtigkeit werden wir Bundesrat Merz zeigen, dass die Leute seiner Litanei des Steuerwettbewerbs, der degressiven Steuern und der Steuerparadiese für die obersten Zehntausend überdrüssig sind. Wir werden mit unserer Initiative zeigen, dass die Leute nicht nur in den politischen Sonntagsreden Gerechtigkeit wollen, sondern auch auf der Steuererklärung.

Wenn 2007 die rechtsbürgerlichen Kräfte geschwächt aus den Wahlen hervorgehen, dann ist Bundesrat Merz mit Sicherheit ein guter Kandidat für eine vorzeitige Pensionierung. Nachweinen werden ihm übrigens in allen Lagern nur wenige.

Das blocherhörige Kommandounternehmen „Rechter Durchmarsch“ ist gescheitert. Die rechtslastige Bundesratsmehrheit vertritt längst nicht mehr die Interessen der breiten *Bevölkerungsmehrheit*, sondern betreibt eine enge Interessenpolitik zugunsten der eigenen gutbetuchten Klientel. Die Vierer-Mehrheit aus SVP und FDP verhindert im Bundesrat eine konstruktive, zukunftsweisende Politik. Für uns heisst das: Wir müssen diese Vierer-Mehrheit aus SVP und FDP bei den nächsten Bundesratswahlen sprengen zugunsten einer ausgewogenen Mitte-Links Vertretung. Wir stehen für die Konkordanz, aber sie muss das politische Meinungsbild der Bevölkerung abbilden. Verharrt der Bundesrat in seiner rechten Schieflage, bleibt die Schweiz blockiert.

Die SP ist die Garantin der zukunftsweisenden Konzepte. Schon deshalb müssen wir alles daran setzen, wieder die stärkste Partei im Land zu werden. Dabei kommt es auf jede Stimme an:

Ich sage mit Stolz – wir haben die meisten wichtigen Volksabstimmungen der letzten zwei Jahre gewonnen: die Mehrheit der Bevölkerung hat uns geholfen, den bürgerlichen Steuerpaket-Vorschlag mit schamlosen Zusatzbegünstigungen für Superreiche und Villenbesitzer bachab zu schicken. Die Mehrheit der Bevölkerung hat uns geholfen, das Augenmerk der Verkehrspolitik auf den öffentlichen Verkehr anstatt auf eine zweite Gotthardröhre zu richten; sie hat uns geholfen, die Gentechnologie für die nächsten 10 Jahre aus der Landwirtschaft zu verbannen und den Leistungsabbau bei der AHV zu verhindern. Und die Mehrheit der Bevölkerung

hat uns geholfen, nicht nur zur Öffnung gegenüber Europa bei der Personenfreizügigkeit Ja zu sagen, sondern – zusammen mit den Gewerkschaften – auch dem Lohndumping den Kampf anzusagen.

Ich bin auch stolz darauf, was wir in dieser Legislatur im Parlament erreicht haben. Der nach dem schwarzen 10. Dezember 2003 vielfach befürchtete rechte Durchmarsch hat nicht wirklich stattgefunden. Bei den konkreten politischen Streitfragen zumindest, hat Rechtsausen in vielen Fragen keine Mehrheit, auch wenn es häufig sehr knapp wird. Die SP schafft weiterhin die Koalition mit den progressiven Bürgerlichen. Es war die SVP, die in dieser Legislatur öfter denn je isoliert da stand. Es ist von allergrösster Wichtigkeit, dass wir uns klar machen, wie knapp es dabei meist zugegangen ist:

- Es waren neun Stimmen Differenz, welche die Familienzulagen durchsetzte. Im Ständerat betrug die Differenz eine Stimme.
- Es waren sieben Stimmen Differenz, die die Anstossfinanzierung für familienergänzende Kinderbetreuung durchsetzte.
- Es waren neun Stimmen Differenz, die die Privatisierung der Swisscom verhinderte. Im Ständerat betrug die Differenz zwei Stimmen.
- Es waren neun Stimmen Differenz, die die CO₂-Abgabe durchsetzte.
- Es war vier Stimmen Differenz, die die 2 Millionen Bundesunterstützung für die Naturparks durchsetzte. Im Ständerat betrug die Differenz eine Stimme.
- Es waren zwei Stimmen Differenz, die die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien durchsetzte.
- Es waren sechs Stimmen Differenz, die die Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge durchsetzte.
- Es war eine Stimme Differenz, die mehr Frauen in Verwaltungsräten von Gesellschaften mit Bundesbeteiligung durchsetzte.
- Und es war eine Stimme Differenz, die den Hochgeschwindigkeitsanschluss HGV durchsetzte.

Also, Genossinnen und Genossen, das ist wörtlich gemeint: Es kommt auf jede Stimme an!

Die SP hat es auch unter den erschwerten Bedingungen einer erstarkten SVP verstanden, mit den pragmatischen Bürgerlichen ad-hoc-Koalitionen und mehrheitsfähige Kompromisse zu schliessen. Die SVP hat mit Blocher zwar zum „rechten Durchmarsch“ geblasen, gefolgt sind ihr aber nur die Unbelehrbaren. Nicht zuletzt unsere Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und unser Bundesrat Moritz Leuenberger haben wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung:

- Micheline hat die Schweizerische Aussenpolitik neu erfunden: sie steht für eine neue aktive Schweizerische Aussenpolitik, die sich einbringt in die internationalen Organisationen. Die Schweiz wird heute dank Micheline international als Vertreterin der humanitären Hilfe und der Menschenrechte gesehen. Es war Michelines Grosserfolg, den UNO-Menschenrechtsrat zu gründen und in Genf zu beherbergen. Und es ist Micheline, die mit grossem Verhandlungsgeschick die Interessen der Schweiz durchsetzt: bei Schengen/Dublin genauso wie bei der Personenfreizügigkeit.
- Und Moritz hat innenpolitisch geschickt das Machbare ausgelotet: von den Hochgeschwindigkeitsanschlüssen über die CO₂-Abgabe bis zum Verbandsbeschwerderecht. Er ist der Garant für funktionierende Infrastrukturen

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 14: Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

klar.sozial / SP

im Service Public, für eine nachhaltige Politik im Energie- und Verkehrsbereich und er ist – gerade als Bundespräsident – derjenige, der sich schützend vor die wild gewordene bürgerliche Abbaupolitik beim Bundespersonal stellt.

Wir haben trotz schwieriger politischer Grosswetterlage vieles erreicht. Wir haben bei unserem Kampf gegen die rechtsbürgerliche Dominanz immer wieder mehr als die Hälfte der Bevölkerung hinter uns gebracht. Ihr seht was möglich ist, wenn wir konsequent und meinungsstark unsere Überzeugungen vertreten!

Im bevorstehenden Jahr bis zu den Wahlen 2007 entscheiden wir an der Abstimmungs-Urne über weitere zentrale Themen wie den Kohäsionsbeitrag, die Kinderzulagen oder die Einheitskrankenkasse.

Im selben Zeitraum entscheidet das Parlament über die CO2-Abgabe und das Stromversorgungsgesetz, über die Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation oder über die 11. AHV-Revision.

In der Wahlplattform stehen zahlreiche ganz konkrete Vorschläge für die nächste Legislatur. Dabei geht es nicht nur um diese oder jene Reform und Erneuerung; es geht auch um unsere politischen Grundsätze und unsere Identität und Verwurzelung in der sozialdemokratischen Tradition. Wir sind *die* Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und wir sind die Partei der internationalen Solidarität. Im Blick auf die anderen Parteien aber sehen wir: Wir sind auch die Partei der Bildung, der Familie und der Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft, wir sind die Partei für den öffentlichen Verkehr, für bezahlbare Mieten; die Partei für eine gesunde Umwelt und für mehr Gerechtigkeit; wir sind aber unübersehbar auch die Partei der Freiheit – der Freiheit nicht nur für die wenigen Durchsetzungsstarken, sondern der Freiheit für die vielen. Wir sind die Partei, die konsequent dafür sorgt, dass niemand ausgegrenzt wird; dass jeder und jede teilhaben kann und niemand abseits stehen muss.

Liebe Genossinnen und Genossen, am 21. Oktober 2007 steht all dies zur Wahl. Und weil all dies auf dem Spiel steht, muss die SP wieder stärkste Partei werden! Unsere Fraktion im Bundesparlament liegt noch genau einen Sitz hinter der SVP zurück. Ich finde, die Schweiz hat eine starke SP verdient. Es kommt auf jede Stimme an.